

Editorial

4. Integrationskonferenz „Bürgerschaftliches Engagement“

Die Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge und die Unterstützung bei den vor uns liegenden Integrationsaufgaben sind und werden auch künftig ohne die bemerkenswerte Leistung aller freiwilligen Helferinnen und Helfer so nicht möglich sein.

Auch in Zukunft wird unsere Gesellschaft auf die Hilfe der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer zählen. Sie geben der Flüchtlingsarbeit ein Gesicht und unterstützen, wo staatliche und kommunale Strukturen die Aufgaben alleine nicht leisten können.



Unzählige Niedersachsen haben bereits erfolgreich „angepackt“. Bürgerschaftlich Engagierte geben und geben immer noch erste Informationen und schaffen damit eine grundlegende Orientierung für Zugewanderte. Vieles in unserer Gesellschaft würde anders aussehen, wenn die bürgerschaftlich Engagierten diese wichtige erste und damit prägende Kommunikation nicht übernommen und so das freundliche Niedersachsen gleich zu Beginn symbolisiert hätten.

Doch die Schwerpunkte bürgerschaftlich engagierter Arbeit ändern sich. Im Mittelpunkt steht nun die Unterstützung der Ankömmlinge, das „Brückenbauen in die Gesellschaft“. Denn viele suchen eine dauerhafte Lebensperspektive für sich und ihre Familien. Freiwillige mit ihrem Engagement werden unentbehrlich bleiben.

Allerdings gibt es immer noch einiges, was nicht rund läuft: Es gilt diese Herausforderungen zu identifizieren und ehrlich zu benennen. Auf der kommenden Integrationskonferenz „Bürgerschaftliches Engagement“ am 6. März in Hannover wird es deshalb um ganz konkrete Fragestellungen gehen. Zum Beispiel: Wie steht es um kollegiale Beratungsmöglichkeiten für Freiwillige, wenn auch Helferinnen und Helfer Hilfe brauchen? Wie gehen Freiwillige mit fremdenfeindlichen Äußerungen, auch gegen sie selbst gerichtete Anfeindungen um? Wie können Ehren- und Hauptamt noch besser miteinander abgestimmt werden?

Lassen Sie uns diese Aufgaben benennen und im gemeinsamen Austausch Lösungen erarbeiten. Ich persönlich würde mich sehr freuen, Sie am 6. März 2017 in Hannover begrüßen zu dürfen und lade Sie hiermit herzlich zur vierten Integrationskonferenz des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ ein. [Einladung zur vierten Integrationskonferenz](#)



Ein Jahr „Bündnis Niedersachsen packt an“ in der Landesvertretung Niedersachsen

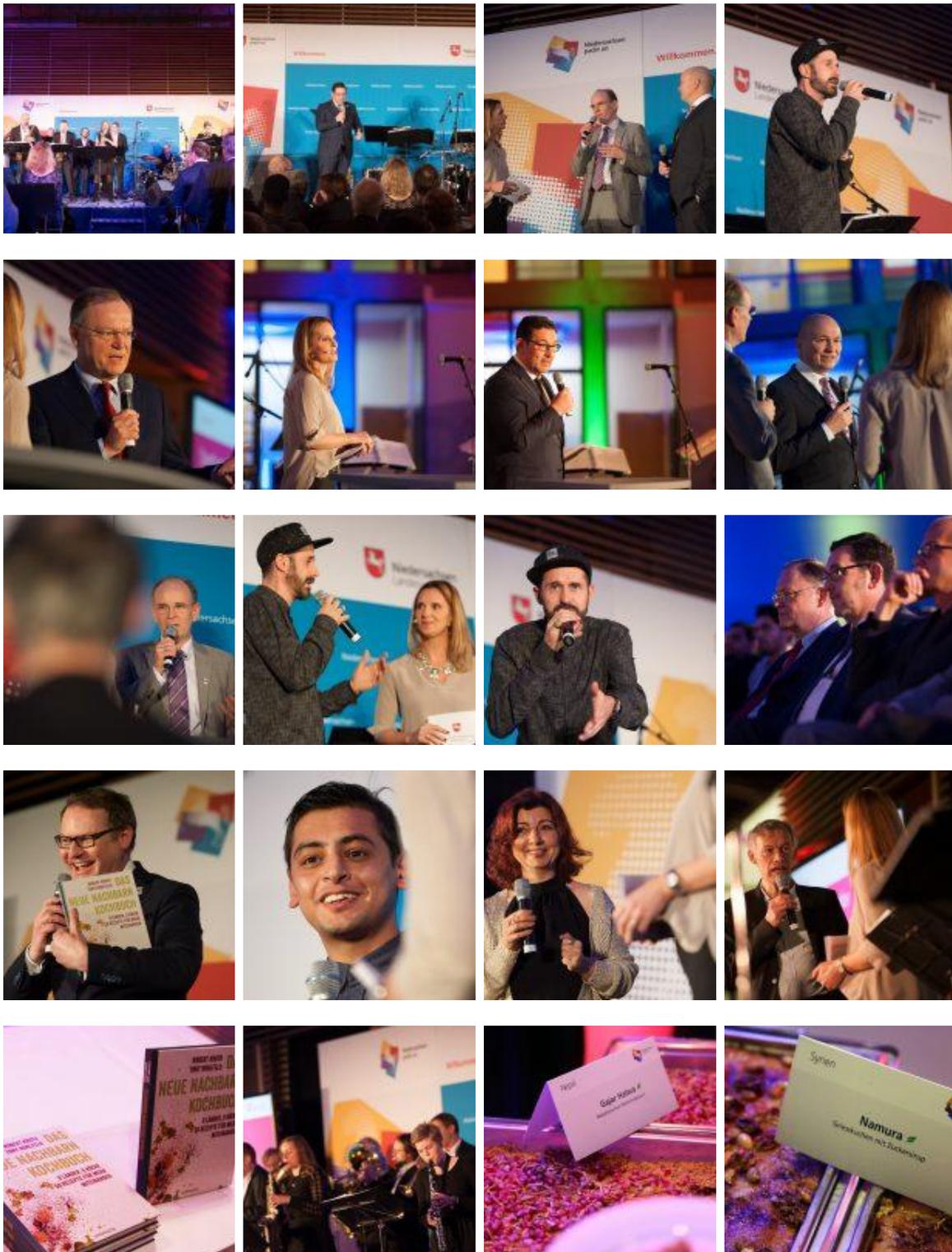
Nach einem ereignis- und arbeitsreichen Jahr wurde am 6. Dezember 2016 in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin Bilanz gezogen: Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ entstand im November 2015 in Hannover als gemeinsame Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der beiden christlichen Kirchen, der Unternehmerverbände Niedersachsen und der Niedersächsischen Landesregierung. Auch ein Jahr später ist es noch immer einzigartig – einen vergleichbaren Zusammenschluss gibt es weder in den anderen Bundesländern, noch auf Bundesebene; eine Mischung aus Solidarität, Toleranz und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Es gab Talks mit Unterstützerinnen und Unterstützern, flankiert von Musik, Kunst, und kulinarischen Spezialitäten. Für das leibliche Wohl der Gäste sorgten Gastköche, die als Flüchtlinge nach Niedersachsen gekommen waren.

Sie gehören zu den acht Köchinnen und Köchen aus acht Ländern, mit denen Restaurantkritiker Robert Kroth und Spitzenkoch Tony Hohlfeld Speisen aus deren Heimatländern zubereitet haben.

Impressionen finden Sie hier:

<https://www.facebook.com/niedersachsenpacktan/videos/1312379928841941/>



Fotos: Timo Jaworr

„Niedersachsen packt an“ – ein Ausblick von Staatssekretär Michael Rüter

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist gut aufgestellt. Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, den beiden christlichen Kirchen, mit den Unternehmerverbänden in Niedersachsen und der Niedersächsischen Landesregierung, mit den kommunalen Spitzenverbänden, den großen Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, dem Landessportbund, mit

fast allen Vereinen und Verbänden, vielen lokalen Initiativen sowie allen im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien packen wir an.

Seit der Gründung des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ haben wir bereits drei große und landesweite Integrationskonferenzen und 12 regionale Integrationskonferenzen zu den Themen Sprache, Arbeit und Wohnen durchgeführt.

Im kommenden Jahr werden zwei weitere Konferenzen mit anschließenden regionalen Veranstaltungen folgen: Am 6. März 2017 findet die Integrationskonferenz „Bürgerschaftliches Engagement“ statt. Im Sommer 2017 wird eine Konferenz zur gesellschaftlichen Teilhabe folgen. Außerdem wird das Bündnis im Laufe des Jahres 2017 erneut die zentralen Integrationsfelder Sprachförderung, Arbeitsmarktintegration und Wohnen aufgreifen. Sie sind die zentralen Handlungsfelder, damit die politische und gesellschaftliche Teilhabe der geflüchteten Menschen in Niedersachsen gelingt! Alle unsere Bemühungen werden und sollen dazu beitragen, dass wir gemeinsam ein weltoffenes Miteinander gestalten und den Wohlstand und die Lebensqualität in unserem Land nicht nur mit Menschen aus anderen Herkunftsländern teilen, sondern nachhaltig sichern.

Von Johann Wolfgang von Goethe stammt das Zitat „Das Land, das die Fremden nicht beschützt, wird bald untergehen.“ Goethe steht als ein weltweites Symbol für Deutschland als das Land der Dichter und Denker. Das darf nicht nur ein historischer Rückblick sein, es muss auch Verantwortung und Auftrag für unser gegenwärtiges und zukünftiges Handeln sein. Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ steht für den Respekt vor der Menschenwürde, es zeigt Haltung und es ist ein Bekenntnis für eine solidarische Gesellschaft und ein vielfältiges Land!

Niedersachsen steht für Zukunft – Zusammenhalt – und Zuhause!

Vier regionale Integrationskonferenzen „Wohnen und Leben“ der Ämter für regionale Landesentwicklung Braunschweig, Leine Weser, Lüneburg und Weser Ems

Neben dem elementaren Spracherwerb und der möglichst frühen und gut organisierten Einbindung in den Arbeitsmarkt sind auch ausreichende sowie angemessene Versorgung mit Wohnraum sowie aktive Einbindung in das Wohnumfeld zentrale Bausteine für eine gelingende Integration geflüchteter Menschen – sowohl in den städtischen als auch den ländlichen Bereichen.

Die eigenen vier Wände und ein gutes Wohnumfeld sind mitentscheidend für den Erfolg der Integration der zu uns Geflüchteten. Nicht minder wichtig ist das durch kulturelle und soziale Vielfalt geprägte Zusammenleben in den Quartieren gemeinsam erfolgreich zu gestalten. Hierbei sind sowohl die Ausgangssituation als auch die Herausforderungen im städtischen Bereich völlig andere als im ländlichen Raum.

Diese Koordinaten wurden im Rahmen der dritten regionalen Integrationskonferenzen unter dem Aspekt unterschiedlicher Ausgangssituationen, unterschiedlicher Erfordernisse und unterschiedliche Handlungsansätze dargestellt. Die Veranstaltung bot Kommunen, Organisationen und Ehrenamtlichen die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln und auszutauschen. Gemeinsam vernetzten sich die Akteurinnen und Akteure, identifizierten Handlungsschwerpunkte und Hemmnisse und brachten erste Ideen und Lösungen auf den Weg.



Ein Ball als Eisbrecher: Sport für geflüchtete Jugendliche

Tausende Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Niedersachsen ehrenamtlich für die Integration geflüchteter Menschen. Zu ihnen gehört auch Dr. Eun-Heui Chae. Die Sportwissenschaftlerin organisiert in Emden Sportveranstaltungen für Jugendliche. Beim Fußballspielen, Laufen und Schwimmen knüpfen Geflüchtete Kontakte untereinander und zu gleichaltrigen Deutschen. Unser Foto zeigt Dr. Eun-Heui Chae und Stina Wrede.

Frau Chae, was kann Sport für die Integration leisten?

Stellen Sie sich junge Menschen aus anderen Kulturen vor, die ohne ihre Familie in einer Unterkunft für Geflüchtete leben. Sie sprechen kein Deutsch und alles in der neuen Umgebung erscheint ungeheuer fremd. In einer solchen Lage wirkt gemeinsamer Sport wie ein Eisbrecher. Beim Basketball oder in einer Laufgruppe brauchen Sie nur ein Minimum an verbaler Verständigung, um gemeinsam Spaß zu haben. Dadurch entsteht Vertrauen. Und Vertrauen ist die Basis dafür, draufloszusprechen – egal wie rudimentär die eigenen Sprachkenntnisse noch sind.

Sie stammen aus Korea. Hat die Idee einen persönlichen Hintergrund?

Ich bin mit 19 Jahren allein nach Deutschland übergesiedelt, weshalb ich die beschriebene Situation in der Tat aus eigener Erfahrung kenne: Ich wollte kommunizieren und es ging nicht. Das hat Dauerstress verursacht, unter dem ich gelitten habe. Der Sport hat mir damals sehr geholfen. Als Ende 2015 überall Ehrenamtliche für die Integration Geflüchteter gesucht wurden, beschloss ich, mir Unterstützung zu suchen und einmal im Monat einen Sportnachmittag anzubieten.

Wer unterstützt Sie bei der Organisation?

Von Anfang an dabei ist Stina Wrede, die sich zu dem Zeitpunkt gerade aufs Abitur vorbereitete.

Mir war wichtig, dass mir jemand zur Seite steht, der im Alter der Zielgruppe ist. Gemeinsam mit Stina habe ich „YOUgend integrate“ gegründet, als Plattform für unsere Angebote. Darüber hinaus helfen mir Bekannte. Sie besorgen beispielsweise den Kuchen und die Getränke, die wir nach dem Sport anbieten.

Wie informiert man über ein Angebot, wenn die Zielgruppe die Sprache nicht versteht?

Ich bin direkt in die Unterkunft für Geflüchtete gegangen. Die Mitarbeiter waren sehr hilfsbereit, wussten aber nicht, in welchen Zimmern jeweils Jugendliche untergebracht waren. Die Belegung änderte sich ja täglich. Deshalb habe ich überall geklopft und meine Einladung zum Sport mit Händen und Füßen erläutert. Die Bewohner blickten mich nur ratlos an. Also bin ich mehrfach mit einem Dolmetscher zurückgekehrt. Doch selbst ihm gelang es nicht, die Idee zu vermitteln. Man muss sich das klarmachen: Die meisten dieser jungen Menschen kannten nur den Krieg. Gemeinsamer Sport – das kam in ihrer Gedankenwelt nicht vor.

Wann platzte der Knoten?

Tatsächlich erst in der Turnhalle! Als ich den Ball in die Mitte warf, war plötzlich alles klar. Der Nachmittag hat allen großen Spaß gemacht, und auf der Rückfahrt schnatterten die Jugendlichen ununterbrochen. Offenbar sprach sich das Angebot dann auch schnell herum. Waren beim ersten Sportnachmittag rund 30 Jugendliche dabei, kommen mittlerweile jeden Monat zwischen 50 und 70. Außerdem haben wir das Angebot Schritt für Schritt deutlich erweitert.

Worin bestehen diese weiteren Angebote von „YOUgend integrate“?

Es haben sich feste Gruppen etabliert, die sich regelmäßig treffen. Die Mitglieder gehen gemeinsam laufen, Schwimmen oder Fußball spielen. Sogar eine Padelgruppe gibt es, und ganz besonders stolz sind wir auf unsere Lerngruppe. Viermal in der Woche bieten wir Nachhilfe an, jeweils für zwei Stunden. Beteiligt sind zahlreiche Ehrenamtliche und die Berufsbildende Schule II der Stadt Emden.

Welche Hürden sind zu überwinden?

Anfangs bestand die größte Hürde natürlich in der Sprache. Inzwischen können sich die meisten Jugendlichen gut verständigen. Also gehen wir die Wissenslücken an, die Jugendliche nun einmal haben, wenn sie jahrelang allenfalls ab und zu in die Schule gehen durften. Klar sagen muss ich freilich auch, dass sich bestimmte mitteleuropäische Tugenden nicht voraussetzen lassen.

Zum Beispiel?

Wir mussten wieder und wieder darauf hinweisen, dass man rechtzeitig absagt, wenn man einen Termin nicht wahrnehmen kann. Das klappt inzwischen hervorragend. Auch in Sachen Pünktlichkeit hat sich Einiges getan.

An welches Erlebnis aus dem ersten Jahr „YOUgend integrate“ erinnern Sie sich besonders gern?

An den Moment, als Mohammad aufgetaut ist. Der junge Mann, den wir „John“ nennen, um ihn von [Mohammed „Momo“ Geerken](#) zu unterscheiden, war bei den ersten Sportnachmittagen stets außerordentlich schüchtern. Dann hatte jemand die Idee, Musik zum Tanzen aufzulegen. Und zu unserer aller Überraschung stand Mohammad plötzlich auf der Tanzfläche und ließ alle Hemmungen fallen. Wenn ich daran denke, bekomme ich gleich nochmal Tränen in die Augen.

Das Gespräch führte Hendrik Werner

Foto: Klaus Bruckmann



Bärbel Höltzen-Schoh

Bärbel Höltzen-Schoh, Vorsitzende der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit

„Wir brauchen bei der Integration der Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung einen langen Atem“, sagt Bärbel Höltzen-Schoh, Vorsitzende der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit. „Die Arbeitsagenturen und Jobcenter engagieren sich stark bei der Beratung, Unterstützung und Förderung der Flüchtlinge. Aber wir brauchen Netzwerke wie `Niedersachsen packt an`, damit wir unser aller Knowhow bündeln und zum Wohl der Menschen einsetzen können.“

Foto: Bundesagentur für Arbeit- Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen-/ Fotografin: Iris Klöpper

Veröffentlicht am [1. Februar 2017](#) Kategorien [Info-Service 01/2017](#), [Unterstützer des Monats](#)



Fachkonferenz zur Bekämpfung von Fluchtursachen: Knowhow und materielle Unterstützung aus Niedersachsen für die Länder des Südens

Mehr als 70 Fachleute haben am 5. Dezember 2016 in Hannover über neue Wege der Bekämpfung von Fluchtursachen diskutiert. Die Veranstaltung wurde vom Bündnis „Niedersachsen packt an“ organisiert.

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist eine gemeinsame Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der beiden christlichen Kirchen, der Unternehmerverbände Niedersachsen, der kommunalen Spitzenverbände und der Niedersächsischen Landesregierung. Die Bündnispartner wollen die Integration all derer voranbringen, die vor Krieg, Terror, politischer Verfolgung oder aufgrund der drastischen Auswirkungen des Klimawandels in ihrer Heimatregion nach Niedersachsen geflohen sind und hierzulande eine Perspektive für ihre Zukunft suchen.

Zu Beginn der Veranstaltung zeigten verschiedene Aussteller auf einem Markt der Möglichkeiten ihre Projekte (z.B. Bingo Stiftung, Hilfsorganisationen und Fördergeber).

Die Veranstaltung eröffnete Umweltminister Stefan Wenzel mit einer Grundsatzrede: „Zumeist sind derzeit Kriege, Unterdrückung und existenzielle Armut die Gründe für Millionen Menschen, ihre

Heimat zu verlassen. In Zukunft können aber aufgrund des voranschreitenden Klimawandels der vielerorts drohende Mangel an Trinkwasser und Nahrung zu einem weiteren drastischen Anstieg der Flüchtlingszahlen führen“, sagte Wenzel. „Für die Entwicklung und Umsetzung erfolgreicher Hilfs- und Lösungskonzepte ist die Mitwirkung der Bevölkerung vor Ort und erfahrener Nichtregierungsorganisationen hier bei uns unerlässlich. Wenn wir nachhaltige Strukturen vor Ort aufbauen, helfen wir, Konflikte um Ressourcen und Beschäftigung zu vermeiden.“

Niedersachsen habe eine hohe Kompetenz in den Bereichen Umweltschutz, regenerative Energien, Ernährung, Landwirtschaft, berufliche Bildung und Gesundheit. Das Land könne diese Fähigkeiten in Form von Knowhow und personell sowie materiell einsetzen, um dabei zu helfen, Fluchtursachen in Kooperation mit anderen Institutionen und Initiativen zu bekämpfen, so Wenzel.

Denkbare konkrete Maßnahmen sind zum Beispiel Bildungsangebote, Austauschprogramme und Energie- und Landwirtschaftsprojekte in den Ländern des Südens, die von der globalen Flüchtlingskrise besonders betroffen sind.

Im Anschluss folgten verschiedene Vorträge zu den Themen
„Kann Entwicklungszusammenarbeit Abwanderung reduzieren?“ – Prof. Theo Rauch,
„Schlussfolgerungen aus der Studie: Jobs für Afrika“ – Dr. Reiner Klingholz, Berlin Institut,
„Jugendperspektiven schaffen“ – Sabine Weber, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung,
„Erfahrungen in Projekten auf dem Balkan und in Bangladesch“ – Uwe Becker, Brot für die Welt,
„Entwicklungsland Deutschland: Fluchtursachen und entwicklungspolitische Inlandsarbeit“ – Katrin Beckedorf, VEN

sowie Kurzberichte zu aktuellen Initiativen „Fluchtursachenbekämpfung“ der niedersächsischen Landesregierung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Im Anschluss folgte eine angeregte Podiumsdiskussion mit den Teilnehmern.

Bildrechte: Nigel Treblin/ Niedersächsische Landesregierung

Veröffentlicht am [1. Februar 2017](#) Kategorien [Fundstücke](#), [Info-Service 01/2017](#)

Landkreistag veröffentlicht Studie zur Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum: Landkreise können Integration

Der Deutsche Landkreistag hat am 28. November 2016 die Studie „Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen – strategische Leitlinien und Best Practices“ veröffentlicht.

Darin werden die Praxiserfahrungen von 18 Landkreisen in den für die Integration wichtigen Handlungsfeldern Wohnen, Sprache, Arbeit und Ausbildung, Schule und Bildung, Ehrenamt sowie gesellschaftliches Zusammenleben dargestellt und anhand von guten Beispielen für andere Kommunen nutzbar gemacht.

Präsident Landrat Reinhard Sager freute sich über das Vorliegen der Ergebnisse des Projekts: „Die Landkreise bringen die besten Voraussetzungen für Integration mit: Sie haben die dafür passenden Verwaltungsstrukturen, sind gleichzeitig aber noch nah genug an den Menschen vor Ort. Wichtig ist, dass die Landkreise Integration strategisch angehen, organisieren und gestalten, um aus jedem zugewanderten Menschen eine Chance für den Landkreis und unser Land zu machen. Insofern sind wir nach der Untersuchung umso mehr der Überzeugung: Die Landkreise können Integration.“

Die Studie können Sie hier nachlesen:

[http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/161130%20\(DLT\)%20Integration%20von%20Fluechtlingen%20in%20laendlichen%20Raemen.pdf](http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/161130%20(DLT)%20Integration%20von%20Fluechtlingen%20in%20laendlichen%20Raemen.pdf)

Die vollständige Presseinformationen kann hier eingesehen werden:

<http://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/1998-pressemitteilung-vom-28-november-2016.html>

Veröffentlicht am 1. Februar 2017 Kategorien Fundstücke, Info-Service 01/2017

Die Flüchtlings-App „Ankommen“ steht jetzt auch als Internetseite zur Verfügung

Unter www.ankommenapp.de gibt es praktische Hilfe für Asylbewerber in Deutschland: Informationen zum Asylverfahren, Arbeitsmarktzugang und zum Leben in Deutschland. Seit dem Start des Smartphoneprogramms vor rund einem Jahr wurde dieses bereits über 200.000-mal runtergeladen. Die App enthält auch einen kostenlosen Basissprachkurs. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat die App gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Bayerischen Rundfunk und dem Goethe-Institut entwickelt.

Veröffentlicht am 1. Februar 2017 Kategorien Fundstücke, Info-Service 01/2017

„Wegweiskurse“ für Asylsuchende wurden weiter entwickelt

Das Land Niedersachsen hat das Kursangebot „Wegweiser für Deutschland“ für Asylsuchende erweitert. „Mit professioneller Unterstützung durch die Agentur für Erwachsenenbildung (AEWB) haben wir die Kursinhalte grundlegend überarbeitet“, so Niedersachsens Minister für Inneres und Sport Boris Pistorius.

Mit Blick auf oftmals nicht vorhandene Deutschkenntnisse wurde konsequent vor allem auf eine einfache und niedrigschwellige Sprache geachtet, die durch kurze Sätze gekennzeichnet ist. Die Vermittlung von verbindlichem und nachhaltigem Wissen zu dem in der Bundesrepublik geltenden Rechts- und Wertesystem zieht sich wie ein „roter Faden“ durch das Arbeitsmaterial. Hinweise zum fairen und gleichberechtigten Miteinander wurden ebenfalls durchgängig aufgenommen.

Niedersachsen beginnt mit integrationsvorbereitenden Maßnahmen bereits im Rahmen der Erstaufnahme der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI). Denn erfolgreiche Integration erfordert immer zwei Seiten: „Die Menschen, die zu uns kommen, müssen offen für Werte sein, die unsere Demokratie ausmachen“, so Pistorius, „aber auch die aufnehmende Gesellschaft muss Angebote machen, damit diese Menschen bei uns ankommen können.“ Sprache sei der Schlüssel für gelingende Integration, so der Minister. „Das ist unstrittig. Die Vermittlung erster Sprachkenntnisse kann deshalb nicht früh genug beginnen.“

Seit vielen Jahren bietet die LAB NI daher allen Bewohnerinnen und Bewohnern das Kursangebot „Wegweiser für Deutschland“ an – und zwar unabhängig von ihrer Bleibeperspektive. Mit einem Stundenumfang von rund 30 Stunden an fünf Tagen wird den nach Niedersachsen kommenden Asylsuchenden über die Module „Sprache“ und „Leben in Deutschland“ ein guter Start bereitet, ihre Chancen auf eine gelingende Integration an ihren späteren Wohnorten in den jeweiligen Kommunen werden erhöht.

Veröffentlicht am [1. Februar 2017](#) Kategorien [Fundstücke](#), [Info-Service 01/2017](#)

„Migration und Teilhabe in Niedersachsen – Integrationsmonitoring 2016“

Der aktuelle Bericht bietet umfangreiche statistische Angaben zur strukturellen Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Ausführlich beleuchtet der diesjährige Bericht die Situation von Geflüchteten im Land. So hat sich beispielsweise die Zahl der Asylanträge von 2013 bis 2015 in Niedersachsen mehr als verdreifacht.

„Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Zuwanderung muss geführt werden. Dies allerdings auf der Grundlage fundierter Daten, nicht aufgrund von Vorurteilen oder mit falschen Behauptungen“, sagt die Niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt. Der aktuelle Bericht sei dafür eine gute und wichtige Basis, denn er biete eine Vielzahl statistischer Daten zur Entwicklung und zum Stand von Migration und Teilhabe in Niedersachsen, so Rundt.

Der Bericht beinhaltet landesweite Daten zu vielen Indikatoren sowie kleinräumige Daten bis zur Landkreisebene. Ein eigener Berichtsteil ist den nach Niedersachsen geflüchteten Menschen und ihrem Ankommen in Niedersachsen gewidmet. Erläutert werden die Entwicklung der Flüchtlingszuwanderung, die demographischen Merkmale dieser Personengruppe sowie die Rechtsgrundlagen, nach denen sich ihr Aufenthalt richtet. Mit Blick auf die Verdreifachung der Zahl der Asylanträge von 2013 bis 2015 fällt beispielsweise der sehr hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen auf: In 2015 entfielen nahezu ein Drittel (30,1 %) der Asylanträge auf Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen gerichtet, deren Zahl sich zum Stichtag 30. September 2016 auf 5322 belaufen hat (derzeit sind 5.299 unbegleitete minderjährige Ausländer in Niedersachsen gemeldet).

Ferner enthält der Bericht Aussagen über die starke Unterstützung für Geflüchtete durch Ehrenamtliche. Mit den Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt und den Unterstützungsleistungen des Landes werden wichtige Anliegen für eine gelingende Integration beschrieben. Hervorzuheben ist dabei, dass Deutschland und damit auch Niedersachsen im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Aufnahme der Flüchtlinge geleistet hat.

So sind EU-weit im Jahr 2015 über 36 % aller Asylanträge in Deutschland gestellt worden. Niedersachsen setzt sich für eine rasche Aufnahme von Flüchtlingen in die Maßnahmen der Sprach- und Arbeitsmarktförderung nach deren Ankunft in Deutschland ein. Ministerin Rundt: „Zum Wohle der Gesamtgesellschaft ist eine erfolgreiche Integration aller Zuwanderinnen und Zuwanderer unser vorrangiges Ziel.“ Beispielsweise stehen die Basissprachkurse des Landes allen Geflüchteten offen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Ministerin Rundt: „Bei der derzeitigen Diskussion über die Aufnahme von Flüchtlingen sollten wir gemeinsam nicht aus dem Blick verlieren, dass wir Menschen in großer Not helfen. Diese Hilfe fordert uns alle, aber sie überfordert uns nicht.“

Der Bericht und die Datenblätter stehen online unter <http://www.ms.niedersachsen.de/themen/integration/integrationsmonitoring/integrationsmonitoring-91266.html> bereit.

Basisdaten zu Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Niedersachsen sind mit kartografischer Darstellung auch über das Regionalmonitoring Niedersachsen abrufbar (www.regionalmonitoring.niedersachsen.de).

Veröffentlicht am 1. Februar 2017 Kategorien Fundstücke, Info-Service 01/2017

Projekt „Syrisches Kochbuch“ von FZS e.V. und Braunschweiger Zeitung – Brücken bauen 2016

Das gemeinsame Kochen und Essen verbindet Menschen und Kulturen – dies haben Salzgitteraner Ehrenamtliche erlebt, die sich um syrische Flüchtlinge kümmerten und von ihnen zum Essen eingeladen wurden. Das Freiwilligenzentrum Salzgitter hat zusammen mit dem Braunschweiger Zeitungsverlag erlebt, dass schon bei der Entwicklung der ersten Ausgabe des syrischen Kochbuchs im Jahr 2015 für eine hohe Nachfrage bei den Lesern aus der Region – und sogar darüber hinaus – sorgte.

Die syrische Küche ist reich an leckeren Gerichten; es war unmöglich, alle Speisen auf 58 Seiten zu kriegen. Daher wurde der Entschluss gefasst, eine zweite Ausgabe des syrischen Kochbuchs zu entwickeln. Die Projektgruppe um Ursula Brocke-Pfeiffer, Monika Jüntschke (beide FZS e.V.) und Elif Redzo (Braunschweiger Zeitung) brauchte nur vier Monate von der ersten ausformulierten Konzeption bis zum fertigen Buch – eine starke Leistung, in der sich Professionalität und ehrenamtliches Engagement perfekt ergänzten.

In dieser Zeit wurde ein halbes Dutzend Mal in größerer und kleinerer Runde gekocht und diskutiert, es wurden Rezepte gesammelt, übersetzt und umgeschrieben, professionelle Fotos gemacht, Grafik und Layout gestaltet, aber auch gestaunt, geschwitzt und gelacht.

Egal, ob es um eine helle Küche für gute Fotografien, helfende Hände für die Zubereitung der Speisen, oder moralische Unterstützung in Stressphasen ging: Es fanden sich viele Mitstreiter, die dieses Projekt unterstützten.

Das Syrische Kochbuch baut Brücken zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Fähigkeiten und Ideen und wirbt so am guten Beispiel für die wunderbare Vielfalt in unserer Region.

Rechte am Foto und Fotografin: Elif Redzo

http://www.fz-sz.de/?Projekte_und_Veranstaltungen_Syrisches_Kochbuch

Veröffentlicht am 1. Februar 2017 Kategorien Fundstücke, Info-Service 01/2017

Neues Förderprogramm des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für die ländliche Flüchtlingsintegration – „500 LandInitiativen“

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) stärkt im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) mit einer neuen Fördermaßnahme das bürgerschaftliche Engagement für ländliche Flüchtlingsintegration.

Ehrenamtliche Initiativen investieren in erheblichem Umfang Zeit und persönliches Engagement in die Integrationsarbeit für Geflüchtete. Oft fehlen allerdings die Sachmittel, um wichtige Maßnahmen optimal umsetzen zu können. Auch mangelt es häufig an Geld, um externe Unterstützung zu gewinnen, die die Ehrenamtlichen entlastet und gleichzeitig die Qualität ihrer Arbeit erhöht.

Die Fördermaßnahme verringert diese Finanzierungslücke durch Zuschüsse von bis zu 10.000 Euro. Die Fördergelder können beispielsweise für Anschaffungen oder die Beauftragung von Leistungen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit eingesetzt werden.

[Bekanntmachung Nr. 25/16/325/LI über die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen \(„500 LandInitiativen“\) im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung \(BULE\) vom 1.12.2016](#)

Anträge können im Zeitraum vom 25. Januar bis 31. März 2017 gestellt werden.

Veröffentlicht am [1. Februar 2017](#) Kategorien [Fundstücke](#), [Info-Service 01/2017](#)

Für den besseren Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

Bundesweit werden 75 weitere Koordinatorenstellen gefördert

Die von UNICEF und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ins Leben gerufene Bundesinitiative zum „Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften“ wird erheblich ausgebaut: Bundesweit werden weitere 75 Koordinatorenstellen für Gewaltschutz gefördert. Bewerben können sich freie, kommunale und private Träger von Flüchtlingsunterkünften ebenso wie Einrichtungen in Landesträgerschaft. Das Verfahren zur Interessenbekundung endet am 10. Februar 2017.

Die Initiative wurde im vergangenen Jahr mit der Förderung von bundesweit 25 Koordinatorenstellen gestartet. Ziel ist es, die Sicherheit von Kindern, Frauen und Jugendlichen sowie anderen besonders schutzbedürftigen Personen in Not- und Gemeinschaftsunterkünften zu verbessern. Zusammen mit den Leitern der Unterkünfte entwickeln und implementieren die Koordinatorinnen und Koordinatoren spezifische Schutzkonzepte und verfolgen ihre Umsetzung. Sie sind die zentralen Ansprechpersonen für Bewohnerinnen und Bewohner sowie für Beschäftigte in den Flüchtlingsunterkünften. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Organisation von Schulungen der in der Einrichtung tätigen Personen, die von UNICEF und Partnern, u.a. zu Fragen des Kinderschutzes, kinderfreundlichen Orten und entsprechenden Angeboten entwickelt wurden. Zudem organisieren die Koordinatorinnen und Koordinatoren die Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort und informieren die Bewohnerinnen und Bewohner über ihre Rechte sowie über Angebote zur Integrationsförderung.

Das BMFSFJ fördert jede Koordinatorenstelle mit jährlich 40.000 Euro. Als Leitlinie für die Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten in den Einrichtungen dienen die im Juli 2016 von UNICEF, BMFSFJ und weiteren Partnern veröffentlichten Mindeststandards.

Überdies fördert das BMFSFJ gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Umsetzung baulicher Schutzmaßnahmen. Hierfür können Kommunen vergünstigte Investitionskredite in Anspruch nehmen:

<https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Öffentliche-Einrichtungen/Kommunale-soziale-Basisversorgung/Sonderförderung-Flüchtlinge/>

Weitere Informationen zum Interessenbekundungsverfahren finden Sie unter:
www.gewaltschutz-gu.de

Veröffentlicht am 1. Februar 2017 Kategorien Aktion des Monats, Info-Service 01/2017

Neu erschienen: Interreligiöser Kalender 2017

Wann ist dieses Jahr Ostern, wann Ramadan und wann Jom Kippur? Welche religiösen Feiertage sind für Menschen in Niedersachsen sonst noch wichtig? Und was wird da eigentlich gefeiert?

Gemeinsam mit dem Haus der Religionen hat die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, den interreligiösen Kalender 2017 veröffentlicht. Dieser umfangreiche Jahresüberblick erscheint bereits zum dritten Mal und enthält die wichtigsten religiösen Gedenk-, Fest- oder Feiertage.

Dazu die Landesbeauftragte: „In Niedersachsen sind Menschen unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften zu Hause. Sie alle feiern Feste und begehen Feiertage, die ihnen wichtig sind. Der interreligiöse Kalender ist ein Hinweis auf die religiöse und kulturelle Vielfalt in unserem Land. Er bietet zugleich Orientierung und lässt uns wissen, auf welche Tage die Hauptfeste von Geschäftspartnern, Kunden, Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen oder Mitschülerinnen und Mitschülern fallen. Dadurch stärkt er unsere interkulturelle Kompetenz und trägt zu einem respektvollen und sensiblen Miteinander bei.“

<http://www.stk.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/neu-erschienen-interreligioeser-kalender-2017-149533.html>

Veröffentlicht am 1. Februar 2017 Kategorien Aktion des Monats, Info-Service 01/2017

Hochschulen für Menschen mit ausländischen Abschlüssen öffnen

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur fördert sechs Projekte, mit denen die Öffnung der Hochschulen weiter vorangetrieben wird. Ein Schwerpunkt der zweiten Bewilligungsrunde des Programms liegt bei Projekten und Maßnahmen für Menschen, die ihren (Aus-) Bildungsabschluss im Ausland erworben haben.

Niedersachsen stellt in der zweiten Auswahlrunde des Programms „Öffnung der Hochschulen“ insgesamt rund eine Million Euro zur Verfügung. Damit werden berufsbegleitende Bildungs- und Weiterbildungsangebote an Hochschulen für Studierende der ersten Generation, Angebote zur Unterstützung des Übergangs vom Beruf in die Hochschule, Maßnahmen zur Unterstützung des Hochschulzugangs sowie eine Verbesserung des Beratungsangebotes und des Einstiegs in ein Hochschulstudium unterstützt. Die Förderung setzt sich zusammen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und zusätzlichen Landesmitteln. Die antragstellenden Einrichtungen steuern insgesamt selbst noch einmal rund 340.000 Euro bei.

Die geförderten Projekte:

- Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen „NeSt – Network for studying Health and Care“: Das Projekt unterstützt Geflüchtete und Menschen mit Zuwanderungsbiographien beim Weg zu gesundheitsbezogenen Studiengängen.
- Technische Universität Clausthal „Master of German-Chinese Leadership and Technology“: Mit diesem Weiterbildungsangebot werden angehenden Führungskräften aus China und Deutschland Führungskompetenzen sowie interkulturelle Kompetenzen vermittelt.
- Universität Hildesheim „Vernetzung der Anerkennungsberatung für ein Hochschulstudium“: Ziel ist eine vernetzte Beratung im Raum Leine-Weser, um Menschen mit im Ausland erworbenen akademischen Qualifikationen schneller und zielgerichteter zu einem in Deutschland anerkannten Hochschulabschluss zu führen.
- Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e.V. (HVHS) „Orientierung im Harz mit Nachhaltigkeit“: Mit diesem Projekt werden aus dem Ausland stammende potenzielle Studierende angesprochen, um die Aufnahme eines Studiums im Harz zu erleichtern.
- Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel „CoPntS – Lebenslanges Lernen an Hochschulen: Ein Trainingsprogramm“: Ziel dieses Projektes ist es, ein Trainingsprogramm für nicht-traditionelle Zielgruppen an der Fakultät Gesundheitswesen der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften zu entwickeln und zu erproben.
- Hochschule Emden / Leer „HEL.PING = Hochschule Emden/Leer für Praktiker in Ingenieurberufen“: Mit diesem Weiterbildungsangebot bekommen Interessierte mit und ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung die Möglichkeit, Online-Weiterbildungskurse berufsbegleitend zu besuchen.

Um den Hochschulzugang für Berufstätige mit und ohne Abitur zu stärken, stellt das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur bis zum Jahr 2020 insgesamt rund 13 Millionen Euro bereit. Es handelt sich dabei um Mittel des Europäischen Sozialfonds, die im Rahmen der neuen Förderrichtlinie „Öffnung von Hochschulen“ vergeben werden.

Weitere Mittel von bis zu zwei Millionen Euro steuert das Wissenschaftsministerium aus dem eigenen Haushalt bei.

Veröffentlicht am [1. Februar 2017](#) Kategorien [Aktion des Monats](#), [Info-Service 01/2017](#)

Neues Bundesmodellprogramm „Starke Netzwerke Elternbegleitung für geflüchtete Familien“ startet Interessenbekundungsverfahren

Dass die vielen geflüchteten Familien mit Klein- und Schulkindern gut in Deutschland ankommen und sich integrieren, ist eine wichtige familienpolitische Aufgabe. Das stellt auch die Fachkräfte in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Betreuung vor viele neue Herausforderungen, denn neu zugewanderte Familien benötigen besondere Betreuung. Der Arbeit von Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Ihre Arbeit soll stärker gefördert werden – weshalb das BMFSFJ ab Frühjahr 2017 das neue Programm mit jährlichen Programmmitteln in Höhe von drei Millionen Euro auflegt.

„Ich möchte geflüchtete Familien darin unterstützen, ihren Kindern einen schnellen Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Denn Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche und nachhaltige gesellschaftliche Integration. Das kann gelingen, wenn zugewanderte Familien von Anfang an über alle Möglichkeiten informiert und auf diesem Weg begleitet werden“, erklärte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. „Diese Aufgabe übernehmen viele der bereits 7.000 Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter in unserem Land. Durch ihre Arbeit und ihre Beratung geben sie zugewanderten Familien die nötige Orientierung im Alltag“, so Schwesig weiter.

Mit dem Modellprogramm sollen die Angebote der Elternbegleitung ausgeweitet und gut mit anderen Unterstützungsangeboten in der Kommune verknüpft werden.

Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter sind früh- und sozialpädagogische Fachkräfte der Familienbildung, die an Kitas, Familienzentren und Familienbildungseinrichtungen aktiv sind. Sie beraten und begleiten Eltern von Kleinkindern bis hin zum Grundschulalter in Bildungs- und Entwicklungsfragen. Sie erklären den Eltern zum Beispiel, warum das Kind eine Kita besuchen sollte, helfen bei der Auswahl der Kita und der Anmeldung und beraten die Eltern, wie sie ihr Kind beim Lernen und bei der Integration unterstützen können.

Rund 7.000 Fachkräfte der Familienbildung wurden im Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“ und seit Herbst 2015 im ESF-Bundesprogramm „Elternchance II – Familien früh für Bildung gewinnen“ bundesweit qualifiziert.

Für das neue Modellprogramm können sich freie oder öffentliche Träger bewerben, die in der flüchtlingsbezogenen Elternbegleitung in Einrichtungen der Kinder- Jugend- und Familienhilfe und in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind.

Das Bundesprogramm soll nach Auswahl der Projektträger im April 2017 starten und bis Dezember 2020 laufen. Interessenten können sich ab sofort hier informieren und um eine Teilnahme bewerben: www.elternchance.de [Infoblatt für Interessenten](#)

Veröffentlicht am [1. Februar 2017](#) Kategorien [Aktion des Monats](#), [Info-Service 01/2017](#)



unicef 

UNICEF-Lagebericht zur Situation der Flüchtlingskinder in Deutschland

Geflüchtete Kinder und Jugendliche in Deutschland leben über immer längere Zeiträume in einem nicht kindgerechten Umfeld. Ihre Rechte auf Schutz, Teilhabe, gesundheitliche Versorgung und Bildung werden oft monatelang nur eingeschränkt oder gar nicht gewährt. Gleichzeitig wächst auch innerhalb der Gruppe der Flüchtlingskinder die Ungleichbehandlung – je nach Herkunftsland und angenommener Bleibeperspektive.

Das stellt UNICEF Deutschland in seinem „[Lagebericht zur Situation der Flüchtlingskinder in Deutschland](#)“ fest. UNICEF fordert, das Wohl der Kinder zum Maßstab aller sie betreffenden Entscheidungen zu machen.

„Alle Kinder haben die gleichen Rechte – ganz egal woher sie kommen, welcher Gemeinschaft sie angehören und welchen Aufenthaltsstatus sie haben. Flüchtlingskinder haben oft Angst und brutale Gewalt erfahren. Sie brauchen besonderen Schutz und besondere Fürsorge“, sagt Christian Schneider, Geschäftsführer von UNICEF Deutschland.

Schon 2014 hatte UNICEF die starke Benachteiligung von Flüchtlingskindern und Defizite bei der Umsetzung ihrer Rechte in Deutschland festgestellt. Diese Defizite haben sich mit der so genannten „Flüchtlingskrise“ nochmals verschärft. Die großen Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden und der enorme Einsatz der Zivilgesellschaft sorgen zwar dafür, dass eine Notversorgung sichergestellt ist. Auch ist die Situation je nach Bundesland, Kommune oder Einrichtung verschieden. Trotzdem geben viele Entwicklungen der vergangenen Monate aus Sicht von UNICEF Anlass zur Sorge.

Veröffentlicht am [1. Februar 2017](#) Kategorien [Aktion des Monats](#), [Info-Service 01/2017](#)



Stephan Weil und Doris Schröder-Köpf starten Wettbewerb zum Niedersächsischen Integrationspreis 2017: Integration in Ausbildung steht im Fokus

Stephan Weil und Doris Schröder-Köpf starten Wettbewerb zum Niedersächsischen Integrationspreis 2017: Integration in Ausbildung steht im Fokus

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, startete am 25. Januar 2017 gemeinsam mit Ministerpräsident Stephan Weil den Wettbewerb um den Niedersächsischen Integrationspreis 2017. Der Preis ist mit insgesamt 24.000 Euro dotiert. Zusätzlich vergibt das Bündnis „Niedersachsen packt an“ einen Sonderpreis in Höhe von 6000 Euro. Die Verleihung des Integrationspreises erfolgt bereits zum achten Mal. Das Motto ist dieses Mal „Ausbildung. Angekommen in Niedersachsen“.

Mit dem Wettbewerb sollen neue Modelle bekannt gemacht werden, die die Integration durch Ausbildung fördern. Gute Projekte können als Anregung für weitere Akteure dienen sowohl große Unternehmen, mittelständische und kleine Betriebe aber auch Handwerkskammern, Vereine oder Initiativen sind angesprochen.

Mit der Wahl des Mottos knüpfen Weil und Schröder-Köpf an die bisherige Arbeit des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ an. Nach dem Spracherwerb ist die Integration in Ausbildung der nächste

entscheidende Schritt für wirkliche Teilhabe. Menschen, die in Niedersachsen ausgebildet werden, sind hier angekommen. Sie qualifizieren sich und können ihre Potentiale zum Wohle der Gesellschaft entfalten und den Wirtschaftsstandort stärken. Eine gute Ausbildung ist die entscheidende Grundlage für beruflichen Erfolg und für eine eigenständige Existenzsicherung.

Der Wettbewerb richtet sich an Initiativen, Vereine oder Institutionen, Unternehmen, Betriebe und Kammern, die Flüchtlinge und andere Zugewanderte in Niedersachsen bei der Integration in Ausbildung unterstützen. Neben Bewerbungen aus den Institutionen werden auch Vorschläge Dritter angenommen.

Bewerbungen sind per E-Mail an integrationspreis@stk.niedersachsen.de oder per Post an Niedersächsische Staatskanzlei, Stichwort „Niedersächsischer Integrationspreis 2017“, Planckstr. 2, 30169 Hannover, zu richten. Bewerbungsschluss ist Dienstag, 28. Februar 2017. Weitere Informationen für die Bewerbung gibt es unter <http://www.migrationsbeauftragte-niedersachsen.de>.

Hintergrund zur Vergabe des Niedersächsischen Integrationspreises

Aus den Bewerbungen wählt eine unabhängige namhaft besetzte Jury unter dem Vorsitz von Doris Schröder-Köpf die Preisträgerinnen und Preisträger aus, die am 29. August 2017 in einem Festakt im Alten Rathaus in Hannover ausgezeichnet werden. Neben Doris Schröder-Köpf gehören der Jury an:

Sabina Kaluza, aus Polen stammende Künstlerin und 1. Vorsitzende des Vereins „Braunschweiger Bildende Künstlerinnen und Künstler e.V.“,

Nariman Reinke, Hauptfeldwebel (w) bei der Bundeswehr und stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Deutscher Soldat e.V.“. Reinke ist deutsch-marokkanischer Herkunft,

Norbert Trelle, Bischof von Hildesheim, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und dort Mitglied der Migrationskommission.

[Integrationspreis 2017 Flyer](#)

06. Februar 2017, Landesvertretung Niedersachsen in Berlin

Deutschkurse für Geflüchtete – Niedersächsische Unternehmen packen an – Ideen für unternehmerisches Engagement

Die Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft gelingt nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen. Die TUI Stiftung und die Deutschlandstiftung Integration organisieren im Rahmen des Projektes „Ich spreche deutsch“ 10-wöchige Sprachkurse mit Freiwilligen, die u.a. bei der TUI Group arbeiten. Es kann mit geringem Aufwand auf andere Unternehmen übertragen werden. Nach dem Start des Pilotprojektes im Dezember 2015 in Hannover gibt es inzwischen weitere Standorte in Niedersachsen und Berlin. Mitmachen können alle Geflüchtete: ohne sprachliche Vorkenntnisse, unabhängig von ihrem Herkunftsland oder ihres Aufenthaltsstatus. Die Macher, geflüchtete Sprachschüler sowie die niedersächsische Schirmherrin Doris Schröder Köpf, wollen das Projekt am Montag, 6. Februar, in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin vorstellen und diskutieren. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr. Denn „Nachmachen“ ist ausdrücklich erwünscht!

Willkommen

Staatssekretär Michael Rüter
Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen

– Impulse

Doris Schröder-Köpf, MdL
Niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe
und Schirmherrin „Ich spreche deutsch“
Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

– Diskussion

Thomas Ellerbeck, Vorsitzender des Kuratoriums der TUI Stiftung
Gisbert Komlóssy, Geschäftsführer intan group und Initiator
„Ich spreche deutsch“, Osnabrück
Dr. Uta Dauke, BAFM
Thomas Wendt, Personalleiter Verlage, Axel Springer SE

– Moderation

Bettina Cramer, Journalistin

– Ausklang

Niedersächsisches Buffet, Gespräche und Wein

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie hier: Landesvertretung
Niedersachsen Veranstaltungen-Berlin@stk.niedersachsen.de.

06. März 2017

Vierte Integrationskonferenz „Werkstatt Bürgerschaftliches Engagement“ in Hannover statt.

Alle weiteren Informationen dazu und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf [unserer
Veranstaltungsseite...](#)

Veröffentlicht am [1. Februar 2017](#) Kategorien [Ausblick und Termine](#), [Info-Service 01/2017](#)